

# Neu denken I



**Maren Beneke**  
über Entwicklung  
von Gewerbeflächen

Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen gibt es Nachholbedarf. Und zwar dringenden. Wenn die Größe der vermarkteten Gebiete stets über die der neu erschlossenen Flächen hinaus geht, dann lässt sich das nicht allein damit erklären, dass es bereits genügend Flächen im Bestand gibt. Das zeigt nicht zuletzt die Zahl der Unternehmen, die sich für ein Grundstück in Bremen interessiert haben – und abgewiesen werden mussten.

Sicherlich, dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Dennoch ist es ratsam, dass der Senat seine Ansiedlungspolitik überdenkt. Ein Umschwenken von einer nachfrage- zurück zu einer angebotsorientierten Herangehensweise ist sicherlich nicht die richtige Antwort. Aber ein Mittelweg zwischen beiden Extremen könnte eine gute Variante sein.

Ebenso müssen neue Ideen her. Denn die Flächen im Stadtgebiet sind endlich. Was spricht dagegen, dass Bremen bei der Ansiedlung von Firmen und der Erschließung von Gewerbeflächen mit Umlandgemeinden zusammenarbeitet und damit Geld verdient? Beispiele dafür, dass das klappen kann, gibt es. Ein erster Schritt ist auch hierzulande schon gemacht: Aber die Kooperation mit Achim sollte nur ein Anfang sein.

Bericht Seite 15  
maren.beneke@weser-kurier.de



Damals im Hofbräuhaus von München...

Klaus Stuttmann

# Neu denken II



**Markus Lorenz**  
über Reformen  
der Hamburger Bürgerschaft

Nein, sie haben in Hamburg nicht den Parlamentarismus neu erfunden und diesen auch nicht vor Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit gerettet. Doch die Bürgerschaft hat den ehrenwerten Versuch gestartet, den Wählern zu signalisieren: Wenn ihr euch abwendet, dann wenden wir uns euch zu. Über alle Parteigrenzen hinweg haben die Fraktionen die Geschäftsordnung mit dem Ziel geändert, die Sitzungen mit Neuerungen wie Speed-Debatten und einem „heißen Stuhl“ für die Regierenden aufzufrischen. Hamburg hat die Fenster im ehrwürdigen Rathaus geöffnet, um durchzulüften im muffigen Plenarsaal, Politikrituale zu entlarven und zu zeigen, dass den Gewählten das wachsende Desinteresse der Wähler nicht egal ist. Denn auch die Hamburger nehmen die Arbeit ihres Parlaments bestenfalls am Rande wahr.

Lebhafte Sitzungen können aber auch zum Drahtseilakt werden zwischen Show und Seriosität. Mehr Firlefanz und Fensterreden wär der Sache allerdings abträglich. Richtig ist auch: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Parlamentsarbeit muss das pralle Leben widerspiegeln und darf nicht in drögen Fachdebatten erstarren. Für unsere Demokratie ist das existenziell.

Bericht Seite 5  
politik@weser-kurier.de

# Signal in Richtung Schwarz-Grün



**Norbert Holst**  
über die Grünen-Urwahl

Das war knapp. Mit nur 75 Stimmen Vorsprung hat sich der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir gegen den schleswig-holsteinischen Umweltminister Robert Habeck behauptet. Zusammen mit Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt bildet Özdemir nun das Spitzenduo im kommenden Bundestagswahlkampf.

Im Urteil grüner Parteistrategen ist das ein guter Ausgang der Urwahl. Özdemir gilt als Oberreale, der vor allem die wichtigen Themen Integration und Bildungsgerechtigkeit profiliert beackern kann. Überdies ist der „anatolische Schwabe“ (Özdemir über Özdemir) ein versierter Redner und durch zahlreiche Auftritte in Talkshows weithin bekannt. Er könnte auch bei nichtgrünen Wählern punkten. Die grüne Basis ist damit auf Nummer sicher gegangen. Der Absturz auf 8,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 ist für viele Anhänger der Ökopartei immer noch ein Trauma: Jetzt heißt es keine Experimente, keine Steuerdebatte, keinen Veggie-Day-Irrsinn.

Die Wahl von Göring-Eckardt und Özdemir ist ein deutliches Signal für einen Kurs der Mitte. Und damit setzt die Basis auch ein Zeichen in Richtung Schwarz-Grün auf Bundesebene. Doch dieses Ergebnis ist keine Vorentscheidung für eine Koalitionsoption. Özdemir, neben Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann der wichtigste Befürworter eines Bündnisses mit der Union, hat trotz seines Amtes als Parteichef lediglich annähernd 36 Prozent der

Stimmen auf sich vereinigen können. Fast ebenso viele Stimmen hat Robert Habeck bekommen, immerhin Mitglied einer SPD-geführten Regierung. Und der Parteilinke Anton Hofreiter, Fürsprecher einer rot-rot-grünen Allianz im Bund, konnte noch jede vierte Stimme für sich verbuchen.

Die andere Botschaft dieser Urwahl: Die Basis ist offenbar hochgradig unzufrieden mit der Parteiführung. Nur 36 Prozent für den Parteichef, noch einmal zehn Prozent weniger für den Fraktionsvorsitzenden. Auch die 70,6 Prozent für Co-Fraktionschefin Göring-Eckardt, die als einzige Frau kandidierte und damit gesetzt war, sind kein

Die Basis ist offenbar hochgradig unzufrieden mit der Parteiführung.

berauschendes Ergebnis. Einen strahlenden Sieger hat diese Wahl nicht gebracht.

Tatsächlich steht es zu Beginn des Wahljahres 2017 nicht gut um die Grünen. Özdemir und Co-Chefin Simone Peter arbeiten auch im vierten Jahr an der Parteispitze mehr gegen- als miteinander. Die Diskrepanz zwischen den beiden wurde gleich zu Jahresbeginn einmal mehr deutlich, als sie den Einsatz der Kölner Polizei in der Silvesternacht vollkommen unterschiedlich interpretierten. An der Spitze der Fraktion hingegen harmonisieren Göring-Eckardt und Hofreiter – allerdings bieten die Grünen nicht das Bild einer zupackenden Opposition.

Insofern hätte den Grünen ein frisches Gesicht im Bundestagswahl-

kampf gutgetan. Habeck hätte dieses Gesicht sein können. Seine Auftritte in den Versammlungen zur Urwahl wirkten wie eine frische Brise für die Ökopartei. Der Minister ist zwar von Haus aus Philosoph, aber alles andere als abgehoben: ein hemdsärmeliger Typ, der für taktische Spielchen nicht zu haben ist, sondern als Pragmatiker gilt.

Doch bei der Wahl des männlichen Spitzenkandidaten entschied sich jeder dritte Grüne lieber für den Bundesvorsitzenden. Zumal es im kommenden Wahlkampf ohnehin einige Unbekannte gibt. So kriegten die Grünen beim heiklen Thema innere Sicherheit kein Bein auf die Erde: Nur zwei Prozent der Bundesbürger halten sie auf diesem Feld für kompetent. Ein Griff in die semantische Trickkiste – die Videoüberwachung wurde in „Videoüberwachung“ umgetauft – ersetzt kein fehlendes Vertrauen. Zudem könnte sich die beinahe uneingeschränkte Solidarität der Grünen mit den Flüchtlingen noch bitter rächen, sollte es in Deutschland bis zum Wahltag zu weiteren Anschlägen von Migranten kommen.

Möglicherweise riskant ist auch die Absicht, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu ziehen. Aber nach aktuellem Stand hätten die Grünen ohnehin keine Machtopion. Weder für Rot-Rot-Grün noch für Schwarz-Grün würde es reichen. Das erklärte Ziel der Partei ist ein deutlich zweistelliges Ergebnis, doch danach sieht es momentan nicht aus. Eine aktuelle Umfrage sieht die Partei bei nur noch 8,5 Prozent.

Die Urwahl hat die Schwächen der Grünen offengelegt. Özdemir ist mitnichten der Typ, der nun die frustrierten Linken hinter sich versammeln könnte. Der Partei fehlt ein starkes Machtzentrum.

norbert.holst@weser-kurier.de

## Frankfurter Rundschau

zu Björn Höcke: „Der Auftritt Björn Höckes in Dresden ist eine gezielte Provokation. Ein Tabubruch mit Ansage, für den er den Ort und den Zeitpunkt offensichtlich bewusst ausgewählt hat. Insofern läge dem journalistische Reflex nahe...“, Björn Höcke und seine AfD mit vollständigem Aufmerksamkeitsentzug zu bestrafen. Diesem Reflex nachzugehen und Höcke zu ignorieren, verbietet sich dennoch. Es wäre falsch, die Gefahr zu unterschätzen, die von dem auf diese Weise verbreiteten Gedankengut ausgeht – bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.“

## Neue Zürcher Zeitung

zur Brexit-Rede der britischen Premierministerin Theresa May: „In Großbritannien wird gerne ausgeblendet, dass bei den Brexit-Verhandlungen nicht nur ausschlaggebend sein wird, was die britische Regierung möchte, sondern auch das, was die übrigen 27 EU-Staaten London zuzugestehen bereit sind. Und gerade die innenpolitisch wohl-tönende Forderung nach einem maßgeschneiderten Abkommen klingt für die EU nach genau jenem Rosinenpicken, das Brüssel auf keinen Fall zulassen will. Schmerz-hafte Zugeständnisse Londons werden sich deshalb kaum ganz vermeiden lassen. Diese wird May anschließend dem heimischen Publikum erklären müssen.“

## KORREKTUR

Auf unserer Doppelseite zum 70. Jahrestag der Wiederherstellung der Eigenständigkeit Bremens in der Mittwoch-Ausgabe ist uns eine Verwechslung unterlaufen. Auf einem der Fotos zeigen wir nicht wie angegeben die Truman-Bridge, sondern die Memorial-Bridge. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. WK



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

**WESER KURIER**  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN  
**Bremer Nachrichten**  
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE  
**Verdener Nachrichten**  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinistraße 43, 28195 Bremen  
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig  
Geschäftsführende Redakteure:  
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner  
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:  
Dr. Hendrik Werner - Politik: Jörg Heide Wagner  
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:  
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn  
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,  
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters  
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:  
Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)  
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams  
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum  
monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:  
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djürken  
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis  
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von  
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von  
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser  
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:  
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020  
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de  
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):  
Telefon: 0800/3671222\*  
\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion  
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 0421/36716655  
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)  
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de

## Herbert Behrens über Autoindustrie und Politik

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Das Bild der drei Affen aus einem japanischen Sprichwort trifft es am besten. Manipulationen bei der Abgasreinigung in Pkw? Die Minister Gabriel, Altmaier und Hendricks zucken mit den Schultern. Vor September 2015, damals gab VW illegale Abschalteinrichtungen zu, wollen sie davon nichts gewusst haben. Aber auch Nicht-Wissen wäre verantwortungslos. Das Kraftfahr-bundesamt hat den VW-Motor vom Typ AE 189 zugelassen und geprüft. Dieser Diesel-Motor ist mit der Betrugs-Software ausgestattet. Millionen Menschen werden durch hohe Stickoxyd-Emissionen in ihrer

Gesundheit geschädigt. Der Abgasbetrug kostet VW fast 20 Milliarden Euro und gefährdet zehntausend Arbeitsplätze.

Nach mehr als 50 Stunden Zeugenvernehmung im 5. Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Abgaskandals ist klar, welche Geschichte die Bundesregierung erzählen will: Erstens waren Abschalteinrichtungen nicht bekannt, zweitens sind Grenzwertüberschreitungen im Realbetrieb zulässig, solange es dem Motorschutz dient, drittens sind die unklaren Vorgaben der EU-Verordnung 715/2007 schuld und viertens sind mit den Regeln auf der EU-Ebene für einen neuen Prüfzyklus die Probleme bereits gelöst.

Diese Geschichte ist absurd. Das ergibt sich aus vielen Akten und Aussagen von Sachverständigen und Zeugen, die nicht aus Ministerien oder Behörden kommen. Sie berichten von Debatten seit 2009 auf der Fachebene über Abschalteinrichtun-

gen und so genannte Zykluserkennung. Jene registriert, ob sich das Fahrzeug auf einem Prüfstand befindet. Der WESER-KURIER wollte 2015 wissen, ob im Jahre 2010 Kanzlerin Merkel bei einem Besuch beim damaligen Gouverneur Schwarzenegger Umweltstandards in Kalifornien kritisiert habe. „Eure Stickoxyd-Grenzwerte sind zu strikt, das schadet unseren deutschen Dieseln“, zitiert Mary Nichols, Leiterin der kalifornischen Luftreinhaltebehörde CARB, aus dem Gespräch. „Sie war dort, so schien es, als Sprecherin der Autoindustrie, und sie war sehr gut eingewiesen worden.“ Wir lesen in den Akten von „Hilferufen aus der Automobilindustrie“, um Einfluss zu nehmen auf die Regeln für Höchstwerte bei Diesel-Abgaswerten. Aktiv dabei frühere Regierungsmitglieder wie Eckart von Klaeden, Staatsminister im Kanzleramt und später Chef-Lobbyist der Daimler AG, und der

frühere Verkehrsminister und heutige Vorsitzender des Verbandes der deutschen Automobilindustrie (VDA) Matthias Wissmann. Dieses Kartell von Abhängigkeiten und Einflussnahmen von Politik und Autoindustrie gilt es in den verbleibenden Wochen aufzudecken. Nur dann kann es gelingen, die Gesundheit der Menschen zu schützen.



**Unser Gastautor**  
wurde 1954 in Osterholz-Scharmbeck geboren. Der gelernte Schriftsetzer, Diplom-Soziologe und frühere Verdi-Gewerkschaftssekretär sitzt seit 2009 für die Linkspartei im Bundestag.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

# Kartell von Abhängigkeiten und Einflussnahmen